



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 41. Sitzung des
Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde
am 06.11.2013, 18:15 Uhr,
in der Rathauspassage Eberswalde, Konferenzraum,
3. Etage, Breite Straße 39, 16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 40. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde vom 09.10.2013
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
10. Vorstellung der Konzeption der Integrationskindertagesstätte "Kinderland"
11. Vorstellung des Sportvereins Stahl Finow e. V.
12. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

Schulsozialarbeiter an den städtischen Grundschulen

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Hoeck, Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport (ABJS), eröffnet die 41. Sitzung des ABJS um 18:15 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Hoeck stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der ABJS beschlussfähig ist. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Zu Beginn der Sitzung sind **9 Stadtverordnete** anwesend (siehe Anlage 1).

Frau Dr. Brauns wird durch Herrn Wrase vertreten.

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 40. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde vom 09.10.2013

Es gibt keine Einwendungen gegen die Niederschrift der 40. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport.

Der Niederschrift wird **mehrheitlich zugestimmt**.

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird **einstimmig angenommen**.

TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

Herr Hoeck verweist auf die vorliegende Einladung zur 2. Arbeitskonferenz MOTRAIN. Die Veranstaltung wird am 27.11.2013 stattfinden, also an dem Tag, wo planmäßig auch der ABJS tagt. Da die Veranstaltung bereits um 14:00 Uhr beginnt, dürfte sie zeitlich gesehen auch nicht mit dem ABJS kollidieren. Frau Kambor hat angeboten, falls noch Bedarf besteht, das Projekt Anfang nächsten Jahres noch einmal vorzustellen. Sollte also dieser Wunsch bestehen, müsste von Seiten des Ausschusses ein Signal an Frau Kambor gegeben werden.

Des Weiteren wurden gestern an die Ausschussmitglieder Unterlagen von der Verwaltung per E-Mail versandt und es liegt von der SPD-Fraktion ein Änderungsantrag zur Vorlage: BV/1040/2013 als Tischvorlage für die heutige Sitzung vor. Diese Unterlagen sind unter dem TOP 12 einzuordnen, wo sie dann auch behandelt werden.

TOP 6

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern gestellt.

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

Herr Gatzlaff gibt folgende Informationen:

- Es liegt heute auf den Plätzen eine Einladung von Frau Fellner zum Stadtforum Eberswalde 2030. Zu dem Forum sind alle Bürger/-innen von Eberswalde sowie die Vertreter der Politik recht herzlich eingeladen, um dort ihre Ideen einzubringen.
- Vom 29.10. - 30.10.2013 und vom 12.11. - 13.11.2013 wurden bzw. werden noch Fortbildungen für Erzieherinnen durchgeführt zum Thema: „Grundlagen einer erfolgreichen Elternarbeit“. Aus allen Kitas wurde eine Erzieherin eingeladen. Herr Gatzlaff bedankt sich herzlich bei den Stadtverordneten für die Gewährung der Fortbildungsmittel.
- Das Amt für Bildung, Jugend und Sport führt zurzeit für die Kinder, die aus anderen Gemeinden kommen, eine Abrechnung für das Wunsch- und Wahlrecht sowie die Vorbereitungsarbeiten zum Jahresabschluss 2013 aus.
- Vom 04.11. - 05.11.2013 fand mit allen Kita-Leiterinnen eine 2-Tages-Weiterbildung statt zu den Themen: „Zusammenarbeit mit Eltern - Öffentlichkeitsarbeit“, „Zeit-/Personalmanagement“ und „Teamentwicklung“.
- Vom Landkreis Barnim (LK BAR) wurde eine Richtlinie zur Verbesserung der materiell-technischen Ausstattung von Schulen mit Whiteboards veröffentlicht. Die Stadt wird sich demnächst bewerben und in der nächsten Ausschusssitzung zum Stand informieren.
- Die Fertigstellung der Fußbodenarbeiten im Club am Wald verzögert sich, weil die Austrocknung/die Aushärtung der Tragschicht nicht ausreichend ist. Das Aufbringen des Linoleums wird bis 06.11.2013 abgeschlossen sein, danach erfolgen die Reinigungsarbeiten. Die Schließung der Einrichtung verlängert sich dadurch, so dass die Dienstplanung der Mitarbeiter/-innen an die neue Situation angepasst wird. Die Kreativangebote werden bis 07.11.2013 von 13.00 - 18.00 Uhr im Bürgerzentrum fortgeführt. Die Wiedereröffnung wird am

08.11.2013 sein.

- Der LK BAR organisiert eine Vorlesewoche vom 11.11. - 15.11.2013 und das Amt für Bildung, Jugend und Sport organisiert dazu am 12.11.2013 als Vorlesetermin einen Tag in der Feuerwache.
- In Zusammenarbeit mit dem Amt für Wirtschaftsförderung entsteht ein erster allgemeiner Kita-Flyer, der die Kindertagesstätten der Stadt Eberswalde vorstellt.
- Etablierung der „Stillfreundlichen Stadt Eberswalde“, die auf Initiative des Forßmann-Krankenhauses gegründet wurde (Stillcafé). (Markierung stillfreundlicher Orte im Innenstadtbereich über blaue Aufkleber – Piktogramm einer stillenden Frau; Bereitstellung von Stillmöglichkeiten auch im Rathaus sowie in der Stadtbibliothek.)
- Vom 15.11. - 17.11.2013 und vom 29.11. - 01.12.2013 findet eine Grundausbildung für Jugendgruppenleiter/-innen statt, die in Trägerschaft und Hauptverantwortung des BSIJ e. V. liegt. Es geht insbesondere um die Ausbildungsbestandteile „Rechtliche Grundlagen“ und „Projektmanagement“, die bei uns durch die Jugendkoordination übernommen werden.
- Am 21.11.2013 ist Eberswalde Gastgeberstadt der Partnerkonferenz „Wachsen, ohne zu stolpern - Jugendliche und ihre Stadt der Zukunft“. (Es nehmen teil: Stadt Eberswalde, Stadt Potsdam, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V., IKK, Gesunde Städte-Netzwerk, Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit, Land Brandenburg). Die Veranstaltung wird organisiert und durchgeführt durch den Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V. und es nehmen Verwaltungsmitarbeiter/-innen der Stadt Eberswalde teil. Es geht darum, einen sektorenübergreifenden Austausch zu Strategien für ein „gutes und gesundes Aufwachsen“ zu organisieren.

TOP 8

Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 9

Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

Herr Rumpelt hat drei Anfragen in Bezug auf die Kindertagesstätten, die er anschließend vorträgt. Die Anfragen werden der Niederschrift als Anlage beigelegt (**siehe Anlage 2**).

Herr Gatzlaff sichert eine schriftliche Beantwortung durch die Verwaltung zu.

Herr Zinn hat folgende Anfragen/Anmerkungen:

1. In der Märkischen Oderzeitung las er eine Anzeige, in der die Stadt Eberswalde einen/eine Quartiersmanager/in zur Anstellung sucht. Für ihn wirft diese Anzeige viele Fragen auf. Er

möchte bspw. wissen, wie er in der Anzeige das Fehlen der „Sozialen Stadt“ oder das andere Stadtteile mit evaluiert werden sollen, zu verstehen hat. Außerdem möchte er wissen, um welche Entgeltgruppe es sich dabei genau handelt.

2. Am 02.09.2013 fand mit einigen Vereinen, Verbänden, betroffenen Schulen und der Politik eine große Veranstaltung zum Thema Asylbewerber/-innen statt. Dort wurde darum gebeten, mit dem Problem ernsthaft umzugehen. Die GS „Schwärzensee“ hat sich den Herausforderungen gestellt und verschiedene Aktionen organisiert (Schülerpatenschaften, Packen von Zuckertüten etc.). Es scheint aber wieder einmal an bürokratischen Hürden zu scheitern. Er hat deshalb eine Bitte, auch wenn es nicht die ureigenste Aufgabe der Stadt Eberswalde ist. Es sollte dafür gesorgt werden, wenn schon die Kita-Plätze aus objektiven Gründen nicht realisiert werden können, dass wenigstens bei den freien Schulplätzen eine schnelle Aufnahme erfolgt.
3. Im gestrigen Bauausschuss sprach er die Problematik der Nachhaltigkeit des Hausmeisters an der GS „Schwärzensee“ an. Im Januar dieses Jahres wurde von der damals zuständigen Dezernentin noch geäußert, dass hier ein Hausmeistermanagement aufgebaut werden sollte, was nach gestriger Aussage im Bauausschuss aber noch etwas Zeit in Anspruch nehmen wird. Seiner Meinung nach gibt es zur GS „Schwärzensee“ wohl eine Fehlinterpretation. Richtig ist, dass der bisherige Hausmeister angezeigt hat, dass er wieder ab nächsten Monat zur Verfügung steht, aber nicht auf dieser Stelle. Herr Bessel äußerte dazu gestern im Bauausschuss, dass dort ein anderer Hausmeister eingestellt worden ist. Herr Zinn hofft, dass es sich nicht um den dortigen Bundesfreiwilligendienstleister handelt. Er bittet deshalb die Verwaltung, dieser Frage nachzugehen und vielleicht wäre eine Antwort bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses möglich.

Herr Wessollek, sachkundiger Einwohner, nimmt an der Sitzung um 18:30 Uhr teil.

Herr Gatzlaff beantwortet die Anfragen von Herrn Zinn wie folgt:

Zur Anfrage 1:

Bei der Entgeltgruppe für die Stelle Quartiersmanagement handelt es sich um die E9.

Herr Zinn merkt dazu an, es ging ihm in erster Linie um die inhaltlichen Aussagen. Er weiß nicht, wie er diese Anzeige interpretieren soll und insofern möchte er wissen, ob bspw. das Quartiersmanagement „Soziale Stadt“ damit gemeint ist oder ein anderes Quartiersmanagement.

Herr Gatzlaff erklärt, dass vorab eine intensive Diskussion über das Quartiersmanagement im Brandenburgischen Viertel (BV) geführt wurde, auch über die Stellenbesetzung. Zunächst einmal wurde diese Aufgabe Frau Stieler-Hinz anvertraut, was aus bekannten Gründen nicht so geklappt hat. Die Verwaltung will das Thema aber jetzt angehen und die Besetzung der Stelle im BV ändern. Nach langen Diskussionen ist die Ausschreibung dann so geworden wie sie jetzt ist und wer sich für das Thema interessiert, hat zumindest eine grobe Vorstellung davon, wobei die Details dann im Vorstellungsgespräch geklärt werden.

Zur Anfrage 2:

Die Frage zur Willkommenskultur hat Herr Gatzlaff so verstanden, dass sich Eltern und Anwohner aus dem BV organisiert haben, um Spenden für die Asylbewerber/-innen zu sammeln, die jetzt aber bei den Asylbewerbern nicht ankommen.

Herr Zinn erinnert an die große Veranstaltung zum Thema „Asylbewerber/-innen“, die am 02.09.2013 im BV stattfand. Unter anderem wurde dort darüber gesprochen, wie jetzt mit der Situation umzugehen ist, wenn die Asylbewerber/-innen da sind, wobei es ihm jetzt speziell um die Kita-Kinder und um die Schulkinder geht.

Frau Ladewig dankt Herrn Zinn noch einmal für den Hinweis. Die GS „Schwäzeseesee“ ist auf diese Situation gut vorbereitet und wartet auf diese Kinder, die aber nicht kommen. Sie wird sich in dieser Woche noch einmal mit dem Leiter des Staatlichen Schulamtes Eberswale zu dieser Problematik verständigen um darauf hinzuweisen, dass die Schulen gut vorbereitet sind und eine schnelle Zuweisung der Kinder erfolgen sollte.

(Am 13.11.2013 erhielt das Amt für Bildung, Jugend und Sport die Information, dass die ersten sechs Kinder in der GS „Schwäzeseesee“ angekommen sind.)

Herrn Zinn interessiert, ob die Stelle Quartiersmanagement eine Wechselstelle ist oder ob es eine ergänzende Maßnahme sein soll.

Herr Gatzlaff führt aus, dass es keine zusätzliche Stelle ist. Die jetzige Stelleninhaberin wechselt in die Verwaltung auf eine freie Stelle.

Zur Anfrage 3:

Zur Problematik Besetzung der Hausmeisterstelle an der GS „Schwäzeseesee“ kann er momentan keine Auskunft geben. Er kann sich aber gern danach erkundigen und dann informieren.

Frau Röder hat zwei Anfragen zur letzten Niederschrift.

1. Auf der Seite 6 steht im vorletzten Satz: „Frau Ladewig teilt mit, dass beide Bescheide noch ausstehen.“ Sie interessiert, ob denn die Bescheide inzwischen bei der Verwaltung eingegangen sind.

Frau Ladewig verweist auf die nachfolgende Protokollergänzung durch die Verwaltung.

2. Auf der Seite 7, Absatz 3, steht: „Frau Ladewig führt aus, momentan befindet sich die Verwaltung mit zwei freien Trägern in Verhandlungen ...“. Hier interessiert sie, ob von Seiten der Verwaltung schon eine Entscheidung gefällt worden ist zu dieser Problematik.

Frau Ladewig erklärt, dass die Verhandlungen momentan ausgesetzt worden sind, weil das Bewerbungsverfahren erst ab Januar/Februar 2014 beginnt. Die Verhandlungen könnten

Ende November/Dezember wieder aufgenommen werden.

Herr Riehl fügt hinzu, dass am 11.11.2013 in Cottbus eine große Konferenz stattfinden wird, wo für das Land Brandenburg die operativen Programme für das ESF für die nächste Förderperiode erst vorgestellt werden. Die Stadt Eberswalde wird mit zwei Vertretern an dieser Konferenz teilnehmen und dann darüber informieren.

Frau Schostan nimmt Bezug auf den Beschlusstext der Stadtverordnetenversammlung (Stvv.) vom 27.06.2013, wo die Fraktionen: DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU einen Antrag eingereicht haben, der auch mehrheitlich so beschlossen wurde. Sie möchte dbzgl. noch einmal das „Kommandohaus“ ansprechen und von der Verwaltung detailliert wissen, was das Ergebnis dieser Prüfung ist. In der Arbeitsgruppe (AG) Hort und Bruno-H.-Bürgel-Grundschule wurde dazu etwas gesagt und insofern denkt sie, dass auch die Stadtverordneten dieses Ausschusses hier das Recht haben, ein Ergebnis zu erfahren.

Herr Gatzlaff bittet Frau Schostan um Nachsehen, da er zu dieser Thematik nicht vorbereitet ist. Die Information wird in der nächsten Ausschusssitzung nachgeliefert.

Frau Schostan kann sich damit überhaupt nicht einverstanden erklären, zumal am 27.06. dieser Beschluss gefasst wurde und bevor er gefasst wurde hatte der Bürgermeister gesagt, dass dieses Objekt eigentlich sowieso nicht zur Verfügung steht und die Stvv. den Beschluss gar nicht erst zu fassen braucht. Im September äußerte er dann, er lässt erst einmal prüfen, ob dieses Gebäude überhaupt als Hort zur Verfügung steht. In der AG wurde Herr Boginski an diese Aussagen erinnert, die er mit großer Verwunderung aufnahm. Frau Schostan findet, dass mit Beschlüssen der Stadtverordneten nicht so umgegangen werden kann.

Herr Gatzlaff führt dazu aus, dass die Stadtverordnetenbeschlüsse selbstverständlich umgesetzt werden sollen. Er bittet Frau Schostan noch einmal um Nachsehen, da er heute davon zum ersten Mal hört und auch nicht vorbereitet ist. Er weiß auch nicht, was der Bürgermeister in diesen Bereichen gemacht hat. Deshalb kann er darüber heute auch keine Informationen geben.

Frau Schostan teilt weiterhin mit, dass sie heute mit Frau Ladewig gesprochen hat und es eine Powerpoint-Präsentation zu diesem „Kommandohaus“ gibt, die von Frau Bessel vorbereitet wurde. Frau Ladewig hat in dem heutigen Gespräch signalisiert, dass die Präsentation heute Abend nicht vorgestellt wird. Frau Schostan kann diese Verfahrensweise nicht verstehen, da der Beschluss bereits vor vier Monaten gefasst wurde.

Frau Röder führt aus, die SPD-Fraktion schließt sich der Anfrage der CDU-Fraktion in vollem Umfang an.

Herr Prof. Creutziger fragt an, wenn es Unterlagen dazu gibt, ob diese dann am Protokoll bei-

gefügt werden könnten.

Herr Gatzlaff betont noch einmal, dass er hier in Vertretung des Bürgermeisters ist und derjenige der übergangsweise für den Aufgabenbereich politisch zuständig ist, weil es derzeit keinen Sozialdezernenten gibt. Er bittet deshalb um Verständnis, wenn er ohne vorherige Abstimmung mit dem Bürgermeister keine Aussage tätigen oder eine Präsentation zusagen kann. Seine Bitte in solchen Fällen wäre deshalb, wenigstens ein oder zwei Tage vorher bei ihm anzurufen, damit er sich sachkundig machen kann. Außerdem hält er es für wichtig, dass die Verwaltung eine abgestimmte Meinung hat. Er wird sich deshalb erst einmal mit dem Bürgermeister dazu verständigen und ihm auch mitteilen, dass den Ausschussmitgliedern dieses Thema sehr wichtig ist und sie auf eine schnelle Information warten. Herr Gatzlaff schätzt ein, dass die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung die entsprechenden Informationen vollumfänglich bringen kann.

Herr Pieper möchte genauso eine Antwort haben wie seine Vorredner auch, da es ein gemeinsamer Antrag von den Fraktionen: CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE war. Des Weiteren wurde Frau Schostan als Vertreterin des Ausschusses in diese AG gewählt und somit vertritt sie ihn dort. Außerdem ist er der Meinung, da noch vor der nächsten Ausschusssitzung eine Stvv. stattfinden wird, könnte auch dort der Bürgermeister ruhig Stellung nehmen, wie er den Beschluss umgesetzt hat.

Herr Gatzlaff schlägt vor, dies zur nächsten Ausschusssitzung zu machen, weil es nicht zur Gewohnheit werden sollte, die Fachdiskussionen in die Stvv. zu ziehen. Es gab außerdem eine Einigung darüber, dass in der Stvv. die politischen Beschlüsse gefasst werden mit den entsprechenden Argumentationen.

Frau Schostan findet, dass es eine Verzögerungstaktik ist. Im Juni haben sie schon dieselbe Antwort bekommen, wie sie momentan im Raum steht und sie hatte auch mit der Amtsleiterin gesprochen. Frau Schostan findet die Art und Weise inakzeptabel.

In Bezug auf die Arbeitsgruppe erklärt Frau Schostan Folgendes. Die Erfahrung aus der AG ist einfach so, dass ein politischer Vertreter in dieser AG für ihre Verhältnisse überhaupt nichts bringt. Entweder müssten es mindestens drei Leute sein bzw. die vier Einreicher, die sich um die Bruno-H.-Bürgel-Schule engagiert haben oder jemand anders der gern in dieser AG mitarbeiten möchte. Außerdem wurde ihr in dem Gespräch mit Frau Ladewig mitgeteilt, dass die Ausschussmitglieder im Prinzip noch einmal alles kompakt Ende November bekommen würden, was bereits in der AG mitgeteilt wurde. Sie weiß deshalb persönlich auch nicht, wozu dann noch eine AG gebraucht wird. Es könnte dann die AG gleich aufgelöst werden und hier im Fachausschuss weitergearbeitet werden. Sie schlägt deshalb vor, die AG in den Ausschuss zu verlagern, um hier darüber weiter zu diskutieren. Eine alleinige Mitarbeit in dieser AG lehnt Frau Schostan aus heutiger Sicht ab.

Herr Gatzlaff nimmt den Unmut von Frau Schostan zur Kenntnis. Er möchte aber noch einmal zum Ausdruck bringen, dass die Arbeitsbelastung in der Verwaltung sehr hoch ist und wie be-

reits mitgeteilt, wird er den Bürgermeister davon in Kenntnis setzen. Was die AG betrifft, ist diese eine Idee von der ehemaligen Dezernentin gewesen. Er wird den Bürgermeister auch darüber informieren.

Frau Schostan verliest einen Fragenkatalog, der sich auf das „Kommandohaus“ bezieht. Einreicher dieses Fragenkatalogs sind die Fraktionen: CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie DIE LINKE. Anschließend übergibt Frau Schostan an Herrn Gatzlaff den Fragenkatalog mit der Bitte um Beantwortung.

Herr Gatzlaff nimmt diesen entgegen und teilt mit, dass die Anfragen bis zur nächsten Sitzung schriftlich beantwortet und der Niederschrift beigelegt werden (**siehe Anlage 3**).

Herr Hoeck schlägt vor, sich in der nächsten Ausschusssitzung noch einmal zum Thema Arbeitsgruppe auszutauschen. Zumindest hatte er beim letzten Mal ein Signal aus der AG bekommen, dass es möglich wäre, mehr als einen Vertreter zu entsenden, wenn Bedarf besteht oder wenn sich weitere finden. Die Option, die AG hierher zu holen, müsste diskutiert werden und insofern müsste dann vielleicht sogar eine Sonderausschusssitzung zu diesem Thema einberufen werden, wo auch die Experten mit dabei sind.

Herr Hartmann nimmt Bezug auf die letzte Sitzung. Er hatte sich dort zum Stand des Sportstättenentwicklungsplanes erkundigt. Die Aussagen, die dazu getätigt wurden, waren sehr unbefriedigend. Er bittet darum, dass zum nächsten Ausschuss klar benannt wird, warum und wer daran Schuld ist, dass die Planung nicht fertig ist und wie wird der Fahrplan dem kurzfristig angepasst. Herr Hartmann weist auf eine bevorstehende Fusion von zwei Sportvereinen hin und erklärt, in welchem Zusammenhang die Fusion mit der Sportstättenentwicklungsplan steht.

Herr Gatzlaff führt aus, dass über die Sportstättenentwicklungsplanung schon häufig gesprochen wurde und die Verwaltung bemüht ist, so schnell wie möglich die Aufgaben zu erledigen. Er kann sich aber auch daran erinnern, dass er schon sehr viele Vorwürfe bekommen hat, wegen Überlastung der städtischen Mitarbeiter/-innen. Die Verwaltung wird aber zur nächsten Ausschusssitzung einen Vortrag bringen und noch einmal darüber informieren, warum es in den einzelnen Bereichen nicht gereicht hat. Herr Gatzlaff betont noch einmal, wenn ein Dezernent fehlt, dann hat das auch Auswirkungen. Andererseits könnte auch gern einmal der Personalrat zu dem Thema eingeladen werden.

TOP 10

Vorstellung der Konzeption der Integrationskindertagesstätte "Kinderland"

Herr Hoeck beantragt das Rederecht für Frau Maaß, Frau Schadwinkel und Frau Jung. Das Rederecht wird **einstimmig befürwortet**.

Frau Karin Maaß ist die Leiterin der Integrationskindertagesstätte „Kinderland“, die sich in der

Robert-Koch-Straße 13, 16225 Eberswalde, befindet. Träger der Einrichtung ist der AWO Kreisverband Bernau e. V. Mitgebracht hat sie heute ihre Stellvertreterin Frau Beate Schadwinkel und Frau Mandy Jung, die für die Koordination des Modellprojektes *“Sprache und Integration – frühe Hilfen im Haus“* zuständig ist. Anhand einer Powerpoint-Präsentation stellen Frau Maaß, Frau Schadwinkel und Frau Jung das Konzept der Integrationskindertagesstätte „Kinderland“ entsprechend ihrem Zuständigkeitsbereich vor. Die Ausführungen werden dem Protokoll beigelegt (**siehe Anlage 4**).

Herr Zaumseil, sachk. Einwohner, nimmt an der Sitzung um 19:00 Uhr teil.

Die in der anschließenden Diskussion gestellten Fragen wurden durch Frau Maaß, Frau Schadwinkel und Frau Jung beantwortet.

Herr Hoeck bedankt sich bei Frau Maaß, Frau Schadwinkel und Frau Jung für den Vortrag und die Präsentation und wünscht weiterhin viel Erfolg für die Arbeit.

TOP 11

Vorstellung des Sportvereins Stahl Finow e. V.

Herr Hoeck beantragt das Rederecht für Herrn Reinhardt, dieses wird **einstimmig befürwortet**.

Herr Toralf Reinhardt, Vereinsvorsitzender des SV Stahl Finow e. V., bedankt sich für die Einladung und stellt anschließend anhand einer Powerpoint-Präsentation den Sportverein Stahl Finow e. V. ausführlich vor. Die Ausführungen werden der Niederschrift beigelegt (**siehe Anlage 5**).

Die in der anschließenden Diskussion gestellten Fragen werden durch Herrn Reinhardt beantwortet.

Herr Hoeck bedankt sich bei Herrn Reinhardt für seine Ausführungen und wünscht ihm und seinem Verein weiterhin alles Gute für die Arbeit.

TOP 12

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 12.1

Vorlage: BV/1040/2013

Einreicher/zuständige Dienststelle:

Fraktion: Die Linke/Allianz freier Wähler

Schulsozialarbeiter an den städtischen Grundschulen

Herr Hoeck verweist noch einmal auf die vorliegende Tischvorlage der SPD-Fraktion (**siehe**

Anlage 8), in der es um einen Änderungsantrag zur Vorlage: BV/1040/2013 geht und die gleich noch zur Diskussion anstehen wird. Anschließend erteilt er Herrn Zinn als Einreicher dieser Vorlage das Wort.

Frau Lewerenz, sachkundige Einwohnerin, verlässt die Sitzung um 20:00 Uhr.

Herr Zinn glaubt, dass genug Worte zur Vorlage gewechselt wurden, alles beschrieben ist und sich auch dazu in der Stadtverordnetenversammlung (Stvv.) ausreichend geäußert wurde. Er hat aber trotzdem noch zwei Sachen, die ihn interessieren.

1. Wurden die Schulleiter/-innen zur heutigen Ausschusssitzung eingeladen?
2. Er hätte sich schon gewünscht, wenn er wenigstens vor der heutigen Ausschusssitzung den Änderungsantrag von der SPD-Fraktion in digitaler Form bekommen hätte, um sich ggf. in seiner Fraktion dazu verständigen zu können. Er bittet deshalb um Verständnis dafür, wenn sich seine Fraktion zu dieser Vorlage heute nicht weiter äußern kann.

Des Weiteren äußert Herr Zinn die Bitte, dass heute aber schon über die anstehende Vorlage seiner Fraktion abgestimmt werden sollte.

Herr Hoeck möchte zunächst kurz auf Herrn Zinns erste Anfrage eingehen. Er hatte alle drei Schulleiter/-innen per E-Mail angeschrieben und darum gebeten, wenn Bedarf bestehen sollte, könnten sie sich entweder direkt im Ausschuss am 06.11.2013 oder per E-Mail oder auch per Telefon dazu äußern.

Auf die zweite Sache wird die SPD-Fraktion sicherlich nachher noch näher eingehen, wenn sie ihren Antrag begründet.

Herr Gatzlaff erinnert an die letzte Sitzung. Die Verwaltung wurde dort u. a. gebeten, heute darüber zu informieren, wie der Stand der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit in diesen Bereichen ist. Frau Forster, Jugendkoordinatorin der Stadt Eberswalde, hatte bereits auf der letzten Sitzung in den Jugendhilfeplan des LK BAR eingeführt und die Überlegungen, die der LK BAR für die Periode 2013 bis 2017 anstellt, vorgestellt. Sie wäre auch diejenige gewesen, die zu diesem Thema heute vortragen sollte, weil sie sich aber im Urlaub befindet, wird Herr Riehl die Vorstellung übernehmen. Er wird also die Unterlagen, die gestern vorab in digitaler Form an alle Ausschussmitglieder versandt wurden, heute mündlich vortragen, damit sie besser verständlich sind. Im Anschluss an den Vortrag wird Herr Riehl noch Ausführungen zu den finanziellen Auswirkungen - entsprechend den Bereichen - machen.

Herr Gatzlaff teilt weiterhin mit, dass der vorliegende Änderungsantrag der SPD-Fraktion nach dessen Eingang an die Verwaltung sofort in digitaler Form an alle Ausschussmitglieder weitergeleitet wurde. Außerdem glaubt er, dass der Antrag nicht so schwierig ist, um ihn heute behandeln zu können.

Herr Riehl wird heute darüber berichten, wie die Organisation der Sozialarbeit an Eberswalder Schulen und auch die Jugendarbeit allgemein in der Stadt Eberswalde organisiert ist. Die Un-

terlagen dazu wurden bereits gestern in digitaler Form übersandt. Da es ein kompliziertes Geflecht ist, wird er dieses entsprechend aufschlüsseln und mit Zahlen unterlegen. Die Ausführungen zur Powerpoint-Präsentation werden der Niederschrift beigelegt (**siehe Anlage 6**).

Herr Gatzlaff merkt an, die Ausschussmitglieder haben jetzt eine Einführung darüber bekommen, wie sich das Ganze zusammensetzt. Er möchte zunächst zum grundsätzlichen Anliegen etwas sagen, nämlich dass uns unsere Kinder sehr am Herzen liegen und wenn sie Unterstützung brauchen, sollten sie diese auch erhalten. Die Verwaltung trägt aber nicht nur die Verantwortung für die Kinder dieser Stadt, sondern für viele andere Sachen und deshalb möchte er auch auf die finanziellen Auswirkungen solcher Themen hinweisen. Drei solcher Sozialarbeiterstellen kosten etwa 147 T€ Personalkosten (Gehalt + Arbeitgeberanteile), wobei noch keine Bürokosten oder dergleichen mit enthalten sind und das für eine Aufgabe, die die Stadt Eberswalde freiwillig zusätzlich übernehmen würde. Herr Gatzlaff nimmt Bezug auf die Aufgabenkritik aus dem Jahr 2010 bis 2012 und erläutert diese kurz. Als Finanzdezernent kann er nur sagen, es sollte genau überlegt werden, ob wir zusätzliche Aufgaben freiwillig übernehmen wollen, obwohl es dafür einen zuständigen Aufgabenträger gibt. Des Weiteren erinnert Herr Gatzlaff an die Diskussionen im Finanzausschuss, die im Frühjahr geführt wurden und wo es um die Finanzlage der Stadt Eberswalde in der Zukunft ging. Wie bekannt, ist diese Präsentationsvorlage sehr umfangreich, er hat daher dem Thema entsprechend heute nur einige Folien ausgewählt, die er anschließend vorstellt. Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigelegt werden (**siehe Anlage 7**). Dem Antrag der SPD-Fraktion kann er dahingehend zustimmen, weil zunächst geprüft werden sollte, wie hoch der eigentliche Bedarf überhaupt ist. Deswegen wäre seine Bitte, dem Antrag der SPD-Fraktion, eine solche Arbeitsgruppe (AG) zu gründen, zu unterstützen. An die SPD-Fraktion hätte er die Bitte, den Beschlussvorschlag ein kleines bisschen anders zu formulieren, denn, wenn man ihn liest „... *einen Vorschlag zur Schaffung von etwaigen Schulsozialarbeiterstellen ...*“ wird das Ergebnis der Bedarfsanalyse schon vorweg genommen. Vielleicht kann sich die SPD-Fraktion zu folgender Formulierung durchringen: „... *einen Vorschlag zum Umgang mit Schulsozialarbeit an den städtischen Grundschulen zu unterbreiten ...*“. Seine weitere Bitte wäre, in dieser AG sollte auch das Jugendamt des Landkreises Barnim (LK BAR) als zuständiger Aufgabenträger mit eingeladen werden.

Frau Röder hat eine Verständigungsfrage. Ist es so zu verstehen, dass das Jugendamt des LK BAR mit in die AG aufgenommen werden soll?

Herr Gatzlaff stimmt dem zu, es sollte schon das Jugendamt als zuständiger Aufgabenträger definitiv dabei sein.

Frau Röder würde diesen Vorschlag akzeptieren und in ihrer Fraktion diskutieren. Sie hätte aber gern noch einmal von Herrn Gatzlaff das Erstgenannte gehört, da sie es nicht richtig verstanden hat.

Herr Gatzlaff wiederholt seinen Änderungsvorschlag wie folgt: „*Im Ergebnis dieser Bedarfsana-*

lyse wird die Stadtverwaltung beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung bis zum März 2014 einen Vorschlag zum Umgang mit Schulsozialarbeit an den städtischen Grundschulen zu unterbreiten.“ Er denkt, dies sei notwendig, weil sonst das Ergebnis der Bedarfsanalyse vorweg genommen werden würde.

Frau Röder betont, sie möchte es in keinem Fall so verstanden wissen, dass die Schulsozialarbeiterstellen in Zweifel gestellt werden, sondern das zusätzliche Schulsozialarbeiterstellen gebraucht werden. Wie viel gebraucht werden, muss die Bedarfsanalyse ergeben. Außerdem möchte sie nicht, dass die vorhandenen Schulsozialarbeiterstellen in Frage gestellt werden. Vielleicht ergibt die Bedarfsanalyse, dass gar keine Schulsozialarbeiterstellen benötigt werden, was sie von vornherein ablehnen würde. Sie möchte das, was bereits an Schulsozialarbeiterstellen vorhanden ist, erweitert wird.

Herr Gatzlaff merkt an, wie gesagt, sind uns die Kinder wichtig und deshalb wird im Bereich Bildung, Jugend und Sport das meiste Geld ausgegeben. Das Gleiche trifft auch hier mit den 243 T€ zu, die aus dem städtischen Haushalt zur Verfügung gestellt werden. Er hatte vorhin außerdem gesagt, die AG sollte sich damit beschäftigen und ordentlich analysieren, was wird wie und wo gebraucht und nicht im Vorfeld schon das Ergebnis vorweg nehmen.

Frau Röder beantragt eine Auszeit, um sich mit ihren Fraktionsmitgliedern zu dem Vorschlag von Herrn Gatzlaff kurz beraten zu können.

Herr Hoeck stimmt einer 5-minütigen Auszeit zu.

Herr Schumacher verlässt die Sitzung um 20:30 Uhr (**8 Stadtverordnete anwesend**).

Frau Röder erklärt, die SPD-Fraktion wird im Beschlussvorschlag den zweiten Satz *„Im Ergebnis dieser Bedarfsanalyse ...“* nicht abändern, sondern ihn so belassen wie er jetzt ist, weil sie keine Notwendigkeit darin sehen. Er bleibt also in diesem Antrag so bestehen. Den dritten Absatz würden sie wie folgt formulieren wollen: *„Die zu bildende Arbeitsgruppe besteht aus Fachkräften und unabhängigen Fachexperten, die vom Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport benannt werden.“*

Herr Hoeck erkundigt sich bei Frau Röder, ob der Rest des dritten Satzes dann wegfallen würde.

Frau Röder bejaht die Anfrage.

Herr Hoeck fragt noch einmal bei Frau Röder nach, ob es jetzt der geänderte Änderungsantrag der SPD-Fraktion ist.

Frau Röder führt aus, dass es jetzt der geänderte Änderungsantrag der SPD-Fraktion ist.

Herr Hoeck fasst zusammen. Der Einreicher des Änderungsantrages hat jetzt diesen Änderungsantrag der Stadtverwaltung nicht übernommen. Sollte die Verwaltung trotzdem den Änderungsantrag aufrecht erhalten, müsste darüber abgestimmt werden. Oder war es als ein Hinweis zu verstehen?

Herr Gatzlaff führt dazu aus, dass die Formulierung „... einen Vorschlag zum Umgang mit Schulsozialarbeit an städtischen Grundschulen zu unterbreiten“ ein Antrag der Verwaltung ist und merkt an, wenn die SPD-Fraktion schon sagt, dass eigentlich nur noch Stellen geschaffen werden sollen und zwar bei der Stadt Eberswalde, um nicht zusagen, es sollte erst einmal geschaut werden, was das Ganze für Auswirkungen hat, dann hätte er es gern als Änderungsantrag, den er dann auch zur Abstimmung stellen würde mit dem Hinweis darauf, jeder sollte bedenken, was das für Auswirkungen hat, wenn es so beschlossen werden sollte.

Herr Hoeck führt aus, es sollte jetzt an dieser Stelle der Änderungsantrag abgestimmt werden, da es ein Änderungsantrag des Hauptantrages ist.

Frau Röder stimmt dem zu.

Herr Zinn merkt an, er hätte eigentlich erwartet, dass hier vorher eine Fachdebatte geführt wird und nun soll hier über einen Änderungsantrag abgestimmt werden.

Herr Hoeck sagt, es liegt nun einmal daran, weil ein Änderungsantrag vorliegt. Es kann auch eine allgemeine Diskussion geführt werden, die aber am Ende dann zu keinem Ergebnis führt oder auch die Fachdebatte, die dann sehr lange dauern wird, weil trotzdem erst einmal die Reihenfolge klar sein muss. Persönlich findet er es auch schade, dass der Änderungsantrag erst einen Tag vor der Sitzung kam.

Herr Zinn erinnert an seinen Vorschlag, die Debatte im morgigen Finanzausschuss abzuwarten, um dann evtl. einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. Außerdem hatte er in der letzten Sitzung geäußert, lieber in aller Ruhe zu diskutieren und nichts zu übereilen. Nun hat er aber das Gefühl, dass hier ganz schnell etwas beschlossen werden soll. Er findet, wenn jetzt solange Zeit gewesen war, sollte das Ganze auf Ende November verschoben werden, weil dann ggf. auch die Schulleiter oder die Träger eingeladen werden könnten, um dann gemeinsam die Fachdebatte zu führen.

Herr Hoeck merkt an, der Änderungsantrag soll genau in die Richtung gehen in der Arbeitsgruppe die Fachdebatte zu führen.

Herr Gatzlaff informiert über die rechtlichen Gegebenheiten zum Änderungsantrag.

Herr Siekmann hat eine Anmerkung zur Präsentation von Herrn Riehl. Bei der zugesandten

Variante fehle die Folie über die einzelne Aufschlüsselung der Personalstellen. Es wäre schön, wenn diese Übersicht nachgereicht werden könnte.

Herr Gatzlaff sichert die Übersicht zu.

Herr Hartmann möchte etwas Generelles anmerken. Er hatte beim letzten Mal schon seinen Unmut darüber zum Ausdruck gebracht, dass hier einige Dinge nicht so gut laufen und sollte sich dies so weiter entwickeln, ist es kein wertvoller Ausschuss mehr. Wie der Änderungsantrag der SPD-Fraktion eingereicht wurde, findet er einfach unsportlich. Es wäre besser gewesen, wenn sich die Fraktionen darüber ausgetauscht hätten. In der letzten Sitzung wurde schon wegen der Vorlage von Herrn Zinn Kritik geäußert. Außerdem wurde bisher keine sachliche Diskussion geführt, sondern nur aneinander vorbeigeredet. Als erstes müsste seiner Meinung nach mit dem LK BAR gesprochen werden, weil er für diese Angelegenheit die wichtigste Stelle ist. Des Weiteren wird hier über verschiedene Schulen gesprochen und wie in der Übersicht ersichtlich, handelt es sich um Grund- und Gesamtschulen, die schon unterschiedlich bedacht worden sind, was sicherlich mit verschiedenen Faktoren zusammenhängt und deshalb müssen die Schulen definitiv unterschieden werden. In diesem Zusammenhang hat Herr Hartmann noch eine Rückfrage zur Präsentation. Er möchte wissen, wie viel der zehn Stellen derzeit besetzt sind.

Frau Ladewig führt dazu aus, soweit ihr bekannt ist, sind zwei Stellen vom SPI wegen Ausscheidung eines Mitarbeiters und durch längere Krankheit einer Mitarbeiterin, nicht besetzt.

Herr Hartmann führt weiter aus, es müssten grundsätzlich auch die freien Träger, die Schulsozialarbeit machen, mit eingebunden werden, da sie oft schwierigere Bedingungen haben, wie zum Beispiel durch den nicht fertigen Jugendhilfeplan. Außerdem wurde die Thematik in seiner Fraktion diskutiert und darüber befunden, dass definitiv über diese Problematik gesprochen werden muss. Die Bildung einer AG findet er prinzipiell richtig und somit auch den Vorschlag von Herrn Gatzlaff, weil man das Ergebnis der AG nicht vorweg nehmen kann.

Frau Schostan hat einige Anfragen, die die Präsentation betreffen. Zum einem interessiert sie bei den besetzten Stellen, welche Ausbildung bzw. welchen Abschluss diese Personen haben. Außerdem hat sie noch eine Verständigungsfrage. Es wurde davon gesprochen, dass die Fachkraft sich hinsetzt und über neue Sachen redet. Sie möchte deshalb wissen, ob die Fachkraft das alleine macht oder der Träger? Des Weiteren hatte sie beim letzten Mal mitgeteilt, dass die Ausschussmitglieder in diesem Jahr sowohl von der „Bruno-H.-Bürger-Grundschule“ als auch von der GS „Schwärzensee“ den Bedarf erfahren haben. Sie denkt aber auch, dass außer im Ausschuss wahrscheinlich die Schulleitungen sich vorher schon einmal dazu geäußert haben, dass sie einen Schulsozialarbeiter brauchen. Sie möchte dbzgl. von der Verwaltung wissen, ob sich der Träger, also die Stadt Eberswalde, sich zu dieser Thematik schon einmal mit dem LK BAR auseinandergesetzt hat. Außerdem hatte sie angeregt, Herrn Boldt heute einzuladen. Sie weiß auch nicht, warum der Ausschussvorsitzende einfach nur eine E-

Mail an Herrn Boldt geschrieben hat. Insofern steht aus ihrer Sicht noch die Meinung des Schulleiters der GS Finow, hinsichtlich der Schulsozialarbeit an städtischen Grundschulen, immer noch aus, was man natürlich im Zuge der AG nachholen könnte.

Herr Hoeck geht kurz auf die letzte Äußerung von Frau Schostan ein. Natürlich hätte er einen Brief schicken können. Für ihn ist eine E-Mail gleichartig wie ein Brief und außerdem kann er Herrn Boldt nicht in den Ausschuss zitieren. Gleiches gilt auch für die Verwaltung, da sie nicht die Dienstvorgesetzte von Herrn Boldt ist.

Herr Riehl nimmt Bezug auf die Anfragen von Frau Schostan und beantwortet sie wie folgt:

Zur Anfrage1:

Es sind Sozialpädagogen vorgegeben entsprechend auch durch die Gehaltsgruppe und die Personalkostenbeihilfe.

Zur Anfrage 2:

Die Stoßrichtung des Vortrages dahingehend ist auch deshalb so, weil Schulsozialarbeit in die Jugendkoordination eingebunden ist und in diesem Fall kann die Stadt nicht in die Trägerhoheit eingreifen. Das heißt, der Träger und mit ihm die ausführenden Personen, also die Fachkraft, legt die Zielrichtung entsprechend in Abstimmung fest.

Zur Anfrage 3

Die Schulleiter kommunizieren mit den Trägern auch ihre entsprechenden Bedarfe und wenn es um neue Umsetzungskonzeptionen oder neue Zielrichtungen geht, finden diese in Abstimmung mit der Schulleitung statt.

Frau Schostan hat eine Nachfrage, weil ja immer gesagt wird, dass es eine Sache des LK BAR ist. Hat denn irgendwer schon einmal dem LK BAR mitgeteilt, dass ein erhöhter Bedarf besteht? Denn offensichtlich hat nun auch die Stadt Bernau selber Personal eingestellt als Kommune, also nicht der Landkreis.

Herr Gatzlaff teilt dazu mit, dass in Bernau noch keine Schulsozialarbeiter eingestellt worden sind, sondern Bernau hat den Beschluss gefasst, dass die Verwaltung beauftragt wird, dieses einzuarbeiten. Außerdem wird sich Bernau für freie Träger entscheiden und nicht für eigene Sozialarbeiterstellen. Ob die Schulleiter kundgetan haben, dass sie Schulsozialarbeiter benötigen, kann er nicht sagen. Sie sollten aber wissen, wer der Aufgabenträger ist.

Frau Ladewig fügt hinzu. Die Schulleiter haben punktuell ihren Bedarf angemeldet. Die Schulleiterin der „Bruno-H.-Bürgel-Grundschule“ hatte dazu im Mai-Ausschuss Stellung genommen. Außerdem hatte die Schulleiterin der „Bruno-H.-Bürgel-Grundschule“ vor gut einem Jahr den Bedarf, dass sie mit dem Verein DREIST e. V. das Projekt „Spielgrenzen“ durchgeführt hat, welches durch den Schulträger angeschoben und durch den LK BAR finanziert wurde. Soweit sie weiß, hat die Schulleiterin der „Bruno-H.-Bürgel-Grundschule“ diesen Bedarf auch für das

Jahr 2014 signalisiert. An der GS Finow sind das hauptsächlich die Mädchenprojekte gewesen, die über den BSIJ getätigt wurden, so dass dort immer die Bedarfe soweit abgedeckt waren. Eine reine Schulsozialarbeit wurde erstmalig in unserem Ausschuss von Frau Eilitz signalisiert. Frau Ladewig erinnert an die Arbeitsgruppe GS „Schwärzensee“, wo die Verwaltung derzeit intensiv am Thema „Schule im sozialen Brennpunkt“ arbeitet, um Schulsozialarbeit umzugestalten.

Herr Zinn teilt mit, dass er heute soweit mitgehen würde, wenn im Ausschuss gesagt wird, in den nächsten vier Wochen wird eine Arbeitsgruppe gebildet, welche durchaus in beiden Vorlagen enthalten sein kann, um dort die fachliche, aber auch vor allem die finanzielle Seite zu klären.

Des Weiteren hat Herr Zinn noch eine Anmerkung zu der Aussage von Herrn Riehl bzgl. der Ausbildung von Fachkräften für Sozialarbeiterstellen. Die Stelle, die ab Januar 2014 besetzt werden soll, fällt nicht unter die Kategorie Sozialpädagoge. Auch deshalb wäre er dafür, dass all diese Sachen in der Arbeitsgruppe geklärt werden sollten. Von Herrn Hartmann kam vorhin der Vorschlag, es sollte zuerst das Gespräch mit dem LK BAR zu dieser Thematik gesucht werden. Dank der Kreistagsfraktion Die Linke ist das Thema schon im Kreistag und auch im Bildungsausschuss präsent.

Frau Röder nimmt die Kritik von Herrn Hartmann als Hinweis gerne mit auf. Sie möchte aber noch einmal betonen, wenn sie schreiben *„Im Ergebnis dieser Bedarfsanalyse ...“* dann nehmen sie keineswegs irgendetwas vorweg, sondern sie gehen lediglich davon aus, dass diese Sozialarbeiter/-innen, die wir momentan haben, sehr wichtig sind. Dieses hatte sie auch schon beim ersten Mal gesagt als Herr Zinn den Antrag bestellt hat. Frau Röder betont weiter, es geht darum, dass möglicherweise zusätzliche Sozialarbeiter/-innen eingestellt werden müssen und es notwendig sein wird, diese auch mit Fachkräften zu besetzen und nicht irgendwo anders wegzunehmen, um sie dann anderswo wieder einzusetzen. Das ist genau der Ansatz hier um nicht zu sagen, vielleicht brauchen wir überhaupt keine Sozialarbeiter/-innen. Diese ganze fachliche Diskussion müsste in der AG besprochen werden. Sie sind außerdem auch befugt um zu sagen, wer in dieser AG mit arbeiten sollte. Des Weiteren erinnert Frau Röder an den letzten Ausschuss, wo die SPD-Fraktion mitteilte, dass sie den Antrag von Herrn Zinn unterstützt, aber auch mit der Maßgabe an die Verwaltung, dass sie erst einmal eine Bestandsanalyse erarbeitet, um dann aus dieser Bestandsanalyse eine Bedarfsanalyse zu fertigen. Frau Röder merkt hinsichtlich des Antrages an, dass sie mit Herr Zinn einen guten Draht finden könnte.

Herr Prof. Creutziger findet die Situation mit so einem Antrag natürlich auch ungünstig. Insgesamt gesehen ist das Ganze sehr positiv, dass hier ernsthaft über dieses Thema diskutiert wird. Die Signale waren aus den Grundschulen deutlich zu vernehmen. Trotz aller Kurzfristigkeit scheint ihm die Variante des SPD-Antrages die Sache hier gut zu treffen. Die Formulierung mit dem Vorschlag *„... von etwaigen weiteren Schulsozialarbeiterstellen an den städtischen Grundschulen zu unterbreiten.“* hält er nicht für zu scharf. Ein paar Hinweise sollten trotzdem

mit aufgenommen werden und zwar das der LK BAR in der Vorgehensweise eine Rolle spielen sollte. Die Sache mit dem Träger würde er vorher offen halten, weil es eher das Ergebnis sein sollte. Was das Finanzielle betrifft ist es natürlich richtig, dass die finanziellen Mittel der Stadt zu bedenken sind. Man sollte bei der Vorgehensweise, während man prüft, was eine kontinuierliche Arbeit mit Sozialarbeit bringen könnte, nicht vorher schon sagen, dass es nicht zu finanzieren geht, sondern aufzeigen, welche Schwierigkeiten die Stadt mit der Finanzierung zu erwarten hat. Einen wichtigen Aspekt sieht er in der Kontinuität, die jetzt in beiden Varianten genannt wird, aber aus der bisherigen Sozialarbeit nicht so klar herauszulesen war.

Herr Hoeck stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen zur Generaldebatte bestehen. Er würde jetzt zu den Anträgen kommen und darüber abstimmen wollen, wobei der Änderungsantrag zuerst behandelt werden sollte.

Herr Prof. Creutziger hat eine Anfrage zum Verfahren. Er möchte wissen, ob es so zu verstehen ist, dass der Änderungsantrag durch den ursprünglichen Antrag ersetzt werden soll oder ob es letztendlich egal ist, wie über den Änderungsantrag abgestimmt wird, weil danach über den ursprünglichen Antrag abgestimmt wird.

Herr Hoeck führt aus, aus dem Änderungsantrag geht nicht hervor, dass der ursprüngliche Antrag ersetzt werden soll. Normalerweise wäre es so, dass eine entsprechende Passage mit eingefügt wird. In dem Fall ist es etwas schwierig und insofern würde er ihn als Ersetzungsantrag verstehen. Herr Zinn wird gebeten, sich in dieser Angelegenheit zu äußern.

Herr Zinn sagt, er hatte vorhin schon den Vorschlag unterbereitet, das Ganze auf Ende November zu verschieben. Er wäre aber auch dafür, allen Ausschussmitgliedern jetzt noch einmal die Möglichkeit zu geben, in ihren Fraktionen über den redaktionell überarbeiteten Antrag zu beraten. Herr Zinn unterbreitet Frau Röder den Vorschlag, heute beide Anträge zurückzuziehen, um sie redaktionell überarbeiten zu können, vielleicht auch so, dass sie ggf. zu zweit oder zu dritt mitgetragen werden könnten. Die Beratungsgremien sollten beibehalten werden, beginnend mit dem ABJS am 27.11.2013.

Frau Röder geht auf Herrn Zinns Vorschlag ein, vielleicht einen gemeinsamen Antrag mit den anderen Fraktionen zu formulieren, der dann erneut und zum nächsten Ausschuss am 27.11.2013 einzubringen ist.

Herr Gatzlaff fragt, ob das heißt, dass morgen im Finanzausschuss, im Hauptausschuss und in der Stadtverordnetenversammlung der Antrag nicht behandelt wird oder soll er dort aufgehoben werden.

Herr Zinn äußert, rein theoretisch hat Herr Gatzlaff Recht, wenn sich hier im Ausschuss geeinigt wird. Herr Zinn zieht sodann den Antrag zurück, aber nur unter der Prämisse, dass die Beratungsfolge wie gehabt bleibt. An die SPD-Fraktion äußert er die Bitte, ihren Änderungsan-

trag in digitaler Form an alle Fraktionen zu versenden.

Herr Hoeck weist darauf hin, um den Antrag rechtzeitig verschicken zu können, sollte er spätestens bis nächste Woche Mittwoch in der Verwaltung vorliegen. Ansonsten müsste er nachgeschickt werden. Er wird aber in jedem Fall auf die Tagesordnung mit aufgenommen.

Herr Zinn äußert die Bitte, es sollte auch die von Herrn Riehl gehaltene Präsentation auf dem schnellsten Weg an alle Ausschussmitglieder gesandt werden, da diese mit der bereits erhaltenen nicht identisch ist. Außerdem regt Herr Zinn an, es sollten bis zur nächsten Sitzung alle drei Schulleitungen und die Träger eingeladen werden.

Herr Hoeck merkt an, sollten wir uns auf eine Arbeitsgruppe einigen, macht es nicht so viel Sinn.

Herr Gatzlaff fasst zusammen. Im morgigen Finanzausschuss, im Hauptausschuss und in der Stadtverordnetenversammlung kommt diese Thematik nicht auf die Tagesordnung bzw. die Verwaltung darf mitteilen, dass die Fraktion ihren Antrag zurückgezogen hat. Die Thematik wird nächste Woche noch einmal mit auf die Tagesordnung gesetzt und die Fraktionen bemühen sich, die neue Fassung so schnell wie möglich zu bringen, damit sich die anderen Fraktionen rechtzeitig vorbereiten können. Sollte der Antrag zum Versandtermin nicht pünktlich vorliegen, wird die Verwaltung ihn nachsenden. Außerdem werden zur nächsten Ausschusssitzung keine Schulleitungen oder Träger eingeladen. Der Antrag wird dann, so wie er ist, beraten. Die von der Verwaltung vorgetragenen Präsentationen werden in digitaler Form an alle Ausschussmitglieder versandt.

Frau Röder und Herr Zinn - als Einreicher der Anträge - erklären sich mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

Herr Hartmann möchte noch etwas zu dem Änderungsantrag ausführen. Zu der Grundintention des Antrages sagt hier sicherlich keine Fraktion nein. Auch seine Fraktion würde vielleicht den neuen Antrag mit einreichen. Er fand nur die Art und Weise, wie es gemacht wurde, nicht gut.

Herr Hoeck schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:15 Uhr

Martin Hoeck
Vorsitzender des Ausschusses
für Bildung, Jugend und Sport

Berg
Schriftführerin

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Vorsitzender:**
Martin Hoeck
- **Stellvertreter des Vorsitzenden:**
Günter Schumacher bis 20:30 Uhr anwesend
- **Ausschussmitglied:**
Dr. med. Christel Brauns vertreten durch Herrn Wrase
Sabine Büschel entschuldigt
Prof. Johannes Creutziger
Ronny Hartmann
Hans Pieper
Angelika Röder
Monique Schostan
Carsten Zinn
- **sachkundige Einwohner/innen:**
Anja Bunge entschuldigt
Kerstin Hildebrand entschuldigt
Madlen Karbe unentschuldigt
Dr. Elvira Kirschstein entschuldigt
Elke Lewerenz bis 20:00 Uhr anwesend
Ingo Rätz
Andreas Rumpelt
Axel Siekmann
Ulrich Wessollek ab 18:30 Uhr anwesend
Jörg Zaumseil ab 19:00 Uhr anwesend
- **Ortsvorsteher/in:**
Carsten Zinn
- **Bürgermeister:**
Friedhelm Boginski entschuldigt
- **Dezernent/in:**
Bella Gatzlaff
- **Referent:**
Ulf Riehl

- **Beiräte gemäß Hauptsatzung:**
Stefan Schmiedel entschuldigt
- **Verwaltungsmitarbeiter/innen:**
Katrín Forster entschuldigt
Kerstin Ladewig
- **Gäste**
Mandy Jung zu TOP 10
Karin Maaß zu TOP 10
Toralf Reinhardt zu TOP 11
Beate Schadwinkel zu TOP 10